

50 Jahre Gesamtschule in Deutschland

– ein Grund zum Feiern oder zum Klagen?

CHRISTA UND JOACHIM LOHMANN (2019)

50 Jahre nach der ersten Gründung in der BRD werden Gesamtschulen nur von jedem 6. Achtklässler besucht. Besteht deshalb ein Grund zum Feiern oder zum Klagen?

Hintergründe/Vorgeschichte

Wegen des besonders hohen Sozialstatus von Bildung in Deutschland im 19. Jh. stieß die Vereinheitlichung des stark zersplitterten deutschen Bildungswesens auf großen Widerstand. Der größte Widerstand entlud sich gegen die Infragestellung des Gymnasiums. So konnte die Weimarer Republik die Aufhebung der gymnasialen Vorschule zugunsten der gemeinsamen Grundschule nur mühsam gegen hinhaltende Proteste durchsetzen. Selbst die amerikanische Besatzungsmacht scheiterte bei der Realisierung eines horizontal gegliederten Schulwesens. Ihr Versuch wurde von deutschen Nachkriegspolitikern sabotiert. Nur die sowjetische Besatzungsmacht führte 1946 in der DDR die zunächst achtjährige Einheitsschule ein, die nach der deutschen Einheit vollständig aufgegeben wurde. In Westdeutschland ermöglichte erst der gesellschaftliche Aufbruch der 60er Jahre bildungspolitische Reformen. Georg Picht schreckte 1964 die Öffentlichkeit mit seinem Artikel „Die deutsche Bildungskatastrophe“ auf. Im gleichen Jahr veröffentlichte der SPD-Parteivorstand die „Bildungspolitischen Leitsätze“, in der er sich für die Gesamtschule als gemeinsame Schule für alle statt des 3-gliedrigen Hierarchiesystem aussprach. Die ersten Gesamtschulen waren noch deutlich von der herkömmlichen Schulstruktur mit starker äußerer Leistungsdifferenzierung bestimmt.

Geschichte

Die folgende Entwicklung der Gesamtschule in (West)Deutschland verlief äußerst unstet – zeitlich, konzeptionell und regional. Sie lässt sich grob in 3 Phasen gliedern.

Die 1. Phase beginnt mit der SPD-Programmatik sowie mit der Empfehlung des Deutschen Bildungsrates von 1969, 40 Schulversuche mit Gesamtschulen in Westdeutschland zu errichten. Alle Bundesländer beteiligten sich parteiübergreifend an den Schulversuchen. Sie unterschieden sich allerdings in der Zahl der Versuche sowie in Aufgeschlossenheit und Skepsis ihnen gegenüber. Besonders die SPD-Politiker Carl-Heinz Evers und Ludwig von Friedeburg trieben die Gesamtschulerrichtung in Berlin und Hessen voran. In Berlin entstanden unter Evers die ersten Gesamtschulen. Zeitgleich gründete sich die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule (GGG) als ihre Interessenvertretung.

Unter dem wachsenden Druck von Eltern erhielten die Gesamtschulversuche 1982 schließlich den Status einer Regelschule – eine vierte Schulform im dreigliedrigen System.

Die 2. Phase der Gesamtschulentwicklung begann mit der Auseinandersetzung um die sog. Koop-Schule in Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung wollte 1977 die Schulformen der Sekundarstufe I in Schulzentren – den Koop-Schulen – zusammenfassen mit einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe im Jg. 5/6. Die Pläne führten zu politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Auf Grund eines erfolgreichen Volksbegehrens 1978 zog die Landesregierung ihre Schulpläne zurück. Von jetzt an verzichteten die meisten CDU-geführten Landesregierungen auf weitere Gesamtschulversuche, während mehrere SPD-

geführte Landesregierungen mit unterschiedlichen Strategien weitere Gesamtschulen als Regelschulen errichteten. Doch der politische Streit ließ auch SPD-geführte Landesregierungen das Ende der Strukturdebatte fordern.

Die **3. Phase** der Gesamtschulentwicklung wurde von außen durch den PISA-Schock im Jahre 2002 angestoßen. Zwar verschworen sich alle Kultusminister gegen eine erneute Strukturdebatte. Doch sie unterschätzten den durch PISA ausgelösten öffentlichen Druck wegen der scharfen sozialen Selektion. Das führte zur seither größten Gründungswelle von Gesamtschulen in Deutschland, allerdings auf einige Bundesländer beschränkt. Mit großem Erfolg konnten Schulträger und Schulen in Nordrhein-Westfalen Gesamtschulen errichten, Baden-Württemberg Schulen umwandeln.

In den Stadtstaaten sowie im Saarland, Schleswig-Holstein und ähnlich in Rheinland-Pfalz wurden Haupt- und Realschulen zugunsten von Gesamtschulen zusammengelegt, die jetzt unter den Namen Stadtteilschule, Gemeinschaftsschule, Oberschule, Sekundarschule firmieren. Mit ihnen trat an die Stelle eines hierarchischen ein alternatives Schulsystem mit Gesamtschule¹ und Gymnasium.

Während die Gesamtschulen der 1. Phase mit vorwiegend freiwilligen, engagierten, wenn auch nicht immer erfahrenen Lehrkräften sehr kreativ, innovativ und meistens erfolgreich arbeiteten, führte die Aufhebung von Schulformen und die Errichtung sehr vieler Gesamtschulen ohne intensive Lehrerfortbildung zu pädagogischen Problemen; denn nicht alle Lehrkräfte sind mit Anspruch und Zielsetzung einer Gesamtschule vertraut und sehen in der gewollten Heterogenität mehr Belastung als Bereicherung.

Die Auflagen der KMK von 1982

Die ständige politische Auseinandersetzung bedrohte auch die Anerkennung von Gesamtschulabschlüssen. 1982 kam es in der KMK zu einem Kompromiss über die Kriterien zur Anerkennung von Gesamtschulabschlüssen. Die Rahmenvereinbarung verlangte, dass die Integrierte Gesamtschule (IGS) die Abschlüsse des gegliederten Schulwesens – Hauptschul-, Realschulabschluss und Abitur – in ihren Bildungsgängen abbildet und die Lernziele den jeweiligen Anforderungen des nach Schularten gegliederten Schulwesens entsprechen.

Die Gesamtschulen waren deshalb gezwungen, unterschiedliche Fachleistungskurse (FLK) zu bilden - mit einer Differenzierung in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik, die mit der 2. Fremdsprache zusammen gut die Hälfte der Unterrichtszeit ausmachen. Damit konnte sich das Konzept der IGS nur schwer weiterentwickeln.

Lernende Schule

Der Weg von der ersten Gesamtschule bis zu ihrer optimalen Ausgestaltung – differenziert – individualisiert – inklusiv - war ein langer Weg. Es war keine chronologische, lineare und erst recht keine bundesweite, sondern eine länderspezifische Entwicklung. Es gab pädagogisch progressive Gesamtschulen und solche, die didaktisch wie methodisch stagnierten und bisweilen sogar zu überkommenen Maßnahmen zurückkehrten.

Insgesamt erwies sich die Gesamtschule jedoch als lernende Schule, die mindestens auf sechs Gebieten wegweisende pädagogische und didaktische Erfolge erzielte.

¹ Der Begriff Gesamtschule umfasst im Folgenden alle Schulen des gemeinsamen Lernens in der Sek I.

1. Schulgröße und FLK

Die ersten Gesamtschulen waren **große Systeme** mit bis zu 12 Zügen und einer extremen äußeren Differenzierung. Sie bedeutete häufigen Klassen-, Kurs- und/oder Gruppenwechsel für die SchülerInnen, so dass diese weder zu den Lehrkräften noch zu ihresgleichen stabile Beziehungen aufbauen konnten. Das war vor allem für die sozial schwächeren Kinder und Jugendlichen eine starke Belastung. Außerdem wurden die Kinder durch die Kurszuweisung stigmatisiert.

Um sich verstärkt den SchülerInnen zuzuwenden, wurde an einigen Schulen die Idee des Team-Kleingruppen-Modells (TKM) entwickelt, wobei jeweils ein Lehrkräfteteam einen ganzen Jahrgang durchgängig bis zum ersten Abschluss betreute. Heterogenität und Individualisierung sind die Leitmotive ihrer Arbeit. Diesem Konzept verdankten u.a. die IGS Göttingen-Geismar, Köln-Hohenhaus oder Köln-Holweide die Befreiung von der KMK-Rahmenvereinbarung.

2. Fächerintegration

In den Gesamtschulen wurde die **Fächerzersplitterung** durch integrierende Lernbereiche erheblich reduziert. Wissenschaftlich unterstützt wurde z.B. das Konzept für die Integrierten Naturwissenschaften - Physik, Chemie, Biologie – entwickelt. Zentral waren die Fächerverbünde im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich (Geschichte, Erdkunde, Wirtschaft, Politik). Die einstweilen letzte Errungenschaft war der Fachbereich Gestalten (Kunst, Musik, Theater, teils auch Sport). Entsprechende Curricula galten anfangs in vielen Schulen bis zum 8., teils bis zum 9. und 10. Schuljahr. Aber je höher die Jahrgänge desto eher beharrten die Lehrkräfte auf ihren studierten Einzelfächer.

3. Inklusion

Die Gesamtschulen mehrerer Bundesländer waren die ersten weiterführenden Schulen, die weit vor der Behindertenrechtskonvention Kinder mit **besonderem Förderbedarf** integrierten und zusammen mit den anderen unterrichteten. Das waren Anfang der 90er Jahre die sog. I-Klassen. Grundschulen und Gesamtschulen sind die Schulformen, die sich die Umsetzung der Behindertenkonvention am stärksten zu Eigen gemacht haben.

4. Team-Arbeit

Viele Gesamtschulen haben sich unabhängig vom TKM **Kooperation und Team-Arbeit** auf ihre Fahnen geschrieben. Deshalb bildeten viele Gesamtschulen eine kollegiale Schulleitung, Die intensive Betreuung der Schülerinnen und Schüler verlangt, dass Lehrkräfte zusammenarbeiten, sich fachlich unterstützen und sich gemeinsam um die bestmögliche Förderung der Jugendlichen kümmern. Mit dem Vorbild der Lehrkräftekooperation sollen auch die SchülerInnen lernen, zusammen zu arbeiten, sich zu helfen, helfen zu lassen und solidarisch zu handeln. Ihre Beteiligung bei der Auswahl von Themen und Gestaltung des Lernens prägt die Entwicklung der letzten Jahre.

Zur Kooperation gehören für die Gesamtschulen selbstverständlich auch die Eltern, die die einzelnen Schulen unterstützt und zur Durchsetzung bildungspolitischer Ziele einen wesentlichen Beitrag geleistet haben.

5. Ganztagschule

Die Gesamtschulen sind gesellschafts- und bildungspolitisch die Vorreiter der offenen und erst recht der gebundenen **Ganztagschule** im Sekundarbereich. Ihre Verfechter haben früh

erkennt, dass gerade die Jugendlichen aus bildungsfernen und sozial schwachen Elternhäusern eine ganzheitliche Betreuung brauchen, um ihr Lernpotential entfalten zu können. Gesamtschulen haben deshalb auch darauf bestanden, dass Sozialarbeiter/-pädagogin Mitglieder ihrer Schulteams sind.

6. Abschlüsse

Die Gesamtschulen führen viele Schülerinnen und Schüler zu höheren als von der Grundschule prognostizierten Abschlüssen. Das liegt nicht zuletzt an der den Lernenden zugewandten, positiven Einstellung der Lehrkräfte, die die Zielsetzung der Gesamtschule verinnerlicht und das Entwicklungspotential aller Schülerinnen und Schüler im Blick haben.

Bilanz und Perspektiven

Quantitative Aspekte

Auf den 1. Blick ist die quantitative Bilanz nach 50 Jahren mehr als bescheiden, denn gerade mal jeder sechste 8.Klässler besucht bundesweit eine Schule des gemeinsamen Lernens.

Doch die Gesamtbilanz ist erfreulicher, als sie auf den ersten Blick erscheint; denn die Gesamtschule hat die bisher härteste innen- und bildungspolitische Konfrontation überstanden. Fast jede Gesamtschule hat überlebt - selbst in den CDU-geführten Bundesländern, wo einzelne Gemeinden aufgrund des demografischen Wandels selbst Gesamtschulen errichtet haben.

Freilich, die Schülerströme sind sehr unterschiedlich. Während in 4 Bundesländern höchstens 10% der Achtklässler eine Gesamtschule besuchen, ist diese in 5 Bundesländern mit einem über 50%igem Schüleranteil die stärkste Schulform, davon in Bremen mit 70 %. Entsprechend heterogen ist die Schulstruktur zwischen den Bundesländern. Während in Sachsen keine Gesamtschule existiert, gibt es Bundesländer mit 2gliedrigem und 3gliedrigem Hierarchiesystem plus integrierenden Schulen und 6 Bundesländer mit der Alternative Gymnasium/Gesamtschule

Einfluss der Gesamtschule

Auf Grund der Gesamtschulentwicklung ist die Hauptschule in 3 weiteren Bundesländern ein Auslaufmodell; sie ist dort mit rd. 10 % Schüleranteil nicht mehr flächendeckend und sehr aufwendig.

Die Gesamtschule hat vor allem durch ihre inhaltlich-pädagogische Arbeit und ihre gesellschaftspolitische Begründung zum Abbau der Ungleichheit im Bildungswesen andere Schulen beeinflusst. So wurde die Durchlässigkeit im bestehenden System erhöht, der Zugang zum Gymnasium geöffnet und Aufstiege für Haupt- und Realschülerinnen zu höheren Abschlüssen geschaffen bzw. stark erweitert. Der Besuch einer gymnasialen

Oberstufe und das Studium sind schon jetzt zum Normalfall geworden. Das Ziel von gleichen Bildungs- und Ausbildungsstandards für möglichst alle ist neben der bildungspolitischen Gegenreaktion auf die Gesamtschule vor allem auch dem starken Bildungswillen der Eltern zu verdanken.

Qualitative Aspekte

Qualitativ sind die Gesamtschulen noch deutlich stärker als die Grundschulen sozial, ethnisch und sonderpädagogisch herausgefordert. Manche Gesamtschulen bleiben traditioneller Pädagogik und Didaktik verhaftet. Andere haben sich zu Leuchtturm- oder

Magnetschulen mit höchst innovativen Konzepten entwickelt, haben Vorbildcharakter und sind führend unter den Preisträgerschulen.

Langfristig wird sich wahrscheinlich kein Bundesland dem Zwischenschritt eines Alternativsystems mit Gymnasium und Gesamtschule entziehen können. Aber auch in dieser Konstellation wird die Schulentwicklung letztendlich nicht verharren, selbst wenn nicht wenige Gesamtschulanhänger diese Sichtweise für utopisch halten.

Historisch betrachtet ist der Abbau von Privilegien und die Vereinheitlichung der ursprünglich zersplitterten Schulstruktur Kennzeichen für die Entwicklung des deutschen Schulsystems seit dem 19. Jh. Noch gilt das Gymnasium wegen seiner starken gesellschaftlichen Stellung für viele als unantastbar. Aufgrund der bisherigen pädagogischen Veränderungen wird es sich auch künftig weiterem Wandel unterziehen. So ist z.B. die ständische Lehrerbildung und -besoldung mit auf Druck der Gesamtschule in den Stadtstaaten abgeschafft, das Recht des Gymnasiums auf Abschulung eingeschränkt bzw. in Bremen aufgehoben worden.

So sagte die damalige Vorsitzende 1988 zum Ende Ihrer GGG-Tätigkeit auf Bundesebene: „Entscheidend ist, dass sie eines Tages da sein wird: die gemeinsame Schule für alle. Ob diese Schule dann Gesamtschule heißen wird oder später vielleicht Gymnasium - das spielt keine Rolle.“

Frage: Sind 50 Jahre Gesamtschule nun ein Grund zum Feiern oder Klagen? Weder – noch: sie sind der Aufruf an ihre Unterstützer und Förderer, sich weiter für das gemeinsame Lernen in der einen Schule für alle einzusetzen, ohne die eine demokratische und solidarische Gesellschaft nicht funktionieren kann. Die Vereinheitlichung kann und wird in Schritten weitergehen.